

PP  
8001 Zürich

Rechtswissenschaftliches Seminar der  
Universität Zürich  
Freiestrasse 36  
8032 Zürich

Im Jahre 1978 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein Basel / Schweiz. Bankgesellschaft Zürich / Schweiz. Kreditanstalt Zürich / Schweiz. Volksbank Bern / COOP Schweiz Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche Basel / Dr. D. Bührle Zürich / Sandoz Basel / Eswa-Ernst Stansstad / IBM Zürich / Viscosuisse Emmenbrücke / Alusuisse Basel / Dr. C. Aebi Burgdorf / Philip Morris Lausanne / Rheinsalinen Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé Vevey / SMUV Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Baselstadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR.

Spenden von 200–400 Franken:

Firmen/Verbände: Dr. A. Wander Bern / Sunlight Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero Lenzburg / Weltwoche-Verlag Zürich / Kümmerly-Frey Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Baselland / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz

Unter dem Patronat des  
FORUM HELVETICUM



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87  
Copyright by GfS und FSP  
Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet

Ta 1020

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT  
FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT BERN  
FORSCHUNGSZENTRUM FÜR  
SCHWEIZERISCHE POLITIK

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Februar 1979

\*Analyse de la votation fédérale du 18 février 1979

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Stimm- und Wahlrecht ab 18 . . . . .	934 073 (49%)	964 749 (51%)
Fuss- und Wanderwege . . . . .	1 467 357 (78%)	424 058 (22%)
Suchtmittelreklame . . . . .	773 485 (41%)	1 115 116 (59%)
Atominitiative . . . . .	920 480 (49%)	965 927 (51%)

Stimmbeteiligung 50%

Inhalt

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Februar 1979 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	3
Kantonale Abstimmungsergebnisse	
1. Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen	4
2. Entscheidungsmotive	8
3. Das Problem individueller Fehlentscheide bei Initiativen	15
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	19
*Récapitulation des résultats principaux	21



Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87  
Copyright by GfS und FSP  
Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet

## Die effektiven Abstimmungsresultate

	Fuss- und Wanderwege	Suchtmittel- reklame	Stimm- und Wahlrecht	Atominitiative
	(Ja in %)			
CH	77,6	40,9	49,2	48,9
ZH	86,5	43,3	49,3	45,2
BE	82,3	43,2	45,9	43,7
LU	73,2	38,5	47,6	47,0
UR	75,6	44,8	43,6	51,2
SZ	59,9	32,7	62,7	46,2
OW	70,8	45,0	45,8	49,8
NW	71,6	36,7	39,7	46,2
GL	78,8	33,6	51,4	45,4
ZG	80,1	39,2	56,2	47,0
FR	67,7	39,2	47,5	53,3
SO	80,3	38,7	46,5	43,3
BS	90,9	50,5	57,9	69,0
BL	86,1	43,7	55,4	61,9
SH	75,4	39,1	41,5	45,4
AR	72,4	42,4	35,6	41,2
AI	64,6	36,5	31,4	40,7
SG	76,9	44,7	43,4	46,6
GR	72,5	47,0	43,9	54,5
AG	79,0	40,3	43,4	35,4
TG	78,3	37,4	44,2	39,6
TI	77,9	40,6	51,2	53,7
VD	57,4	32,7	56,5	58,4
VS	45,9	25,8	45,0	43,5
NE	60,9	36,0	60,2	64,5
GE	76,9	43,1	58,9	67,4
JU	81,2	38,2	74,3	65,8

## Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Februar 1979

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz.

Die beiden am 18.2.1979 zur Abstimmung gelangten Volksinitiativen "gegen Suchtmittelreklame" und "zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen" erlitten das Schicksal des Grossteils ihrer Vorgänger. Von den seit 1891 bis heute den Stimmbürgern vorgelegten 78 Initiativen waren lediglich deren 7 erfolgreich, davon eine einzige in der Zeit nach 1945. Einer Erfolgsquote von 62% bei fakultativen Referenden steht damit eine solche von weniger als 10% bei Initiativen gegenüber, bzw., wenn man die zurückgezogenen Begehren mitberücksichtigt, von lediglich 6%<sup>1)</sup>. Was sind die Gründe der geringen Erfolgsaussichten? Sie sind zahlreich und mannigfaltig. Wesentlich ist einmal die Tatsache, dass die politischen Behörden auf eine eingereichte Initiative effizient reagieren können. Mit der Ausarbeitung eines formellen oder materiellen Gegenentwurfs wird – wenn sich die Initianten nicht zum Rückzug entschliessen – die Abstimmungschance entscheidend verkleinert<sup>2)</sup>. Dazu kommt in den meisten Fällen ein übermächtiger Gegner im Abstimmungskampf. Hinter Initiativen stehen weniger die ansonst prägenden Kräfte des politischen Willensbildungsprozesses als im vorparlamentarischen und parlamentarischen Verfahren "übergangene" Oppositions- und Aussenseitergruppen. Schliesslich ist in Rechnung zu ziehen, dass Initiativen häufig auf Veränderung ausgerichtet sind und dabei auf eine Stimmbürgerschaft treffen, "die sich regelmässig für eine Politik der kleinen Schritte, wenn nicht für ein Anortreten" ausspricht<sup>3)</sup>.

Es gibt aber noch eine weitere, oft übersehene mögliche Ursache. Volksbegehren haben eine Ja-Mehrheit für konkrete politische Forderungen zu erreichen. Damit können sie im Unterschied zu Referenden nicht einfach heterogene Nein-Motive mobilisieren und haben zudem die nicht zu unterschätzende Gruppe der potentiellen Nein-Stimmer zum vornherein als Gegner. Noch entscheidender ist aber möglicherweise der Umstand, dass sich Missverständnisse der Stimmenden eher zuungunsten der Ja-Stimmen auswirken. Bei Initiativen hat der Stimmbürger auch dann ein Ja in die Urnen zu legen, wenn er gegen eine bestimmte Politik, gegen politische Projekte oder einen von ihm missbilligten Zustand protestieren will. So auch am 18. Februar. Die Stellungnahme gegen die Suchtmittelreklame und die vom Bund erfolgte Energiepolitik war mit einem Ja auszurücken. Angesichts der Häufigkeit von Abstimmungen, der Kombination verschiedener Einzelvorlagen im Multipack und der materiellen Komplexität der Abstimmungsthemen müsste nicht verwundern, wenn ein Teil der Stimmbürger einen Entscheid fällte, der ihren eigentlichen Intentionen widersprach.

Ob unsere Hypothese empirisch zu untermauern ist, und welcher Anteil der Stimmbürger allenfalls am 18. Februar "falsch" stimmte, ist eine der Forschungsfragen der vorliegenden neunten VOX-Analyse. Daneben interessieren wir uns wie üblich für das Entscheidverhalten und die Entscheidungsmotive der wichtigsten Merkmalsgruppen. Wer hat aus welchen Gründen wie gestimmt?

## 1) Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

In einem ersten Schritt haben wir abgeklärt, welche Merkmale das Stimmverhalten bei den einzelnen Vorlagen beeinflussten. Statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Entscheidverhalten und dem entsprechenden Merkmal der Stimmbürger sind mit einem Stern gekennzeichnet (Chi-Quadrat Test, Signifikanzniveau 0,1). Merkmale von besonders ausgeprägtem Einfluss sind durch zwei Sterne kenntlich gemacht (Signifikanzniveau 0,001):

Tabelle 1 Das Gewicht einzelner Merkmale für den Entscheid zu den vier Vorlagen

Merkmal	Vorlage			
	Fuss- und Wanderwege	Suchtmittel-reklame	Stimm- und Wahlrechtsalter	Atominitiative
Geschlecht	*	*		
Alter	*		*	
Sprachgruppe	**		*	*
Stadt/Land	*	*		
Konfession				
Beruf	**	*		
Bildung			*	*
Parteisympathie	*	*	**	**
Pol. Integration <sup>1)</sup>				*

1) Zum Begriff der "Politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Als einziges Merkmal war die Konfession bei keiner der vier Vorlagen verhaltensbestimmend. Wie sich der Einfluss der übrigen Merkmale im Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen niederschlug, zeigt Tabelle 2. Aufgeführt sind die Ja-Stimmenanteile der signifikant unterschiedlich votierenden Merkmalsgruppen. Die angegebenen Werte sind korrigiert, d.h. die verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen Vorlagen weniger als 5%):

Tabelle 2 Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Vorlage	Überdurchschnittlich Befürwortende	Unterdurchschnittlich Befürwortende
	Unterdurchschnittlich Ablehnende	Überdurchschnittlich Ablehnende
(Ja zur Vorlage in %)		
Fuss- und Wanderwege	Total Stichprobe 84 (effektiv 78)	
	Frauen (90)	Männer (79)
	20–39jährige (88)	65–84jährige (75)
	deutsche Schweiz (89)	Westschweiz (71)
	Stadt (87)	Land (80)
	Arbeiter (90) SP (92)	Landwirte (56) SVP (74), FDP (77)
Suchtmittelreklame	Total Stichprobe 36 (effektiv 41)	
	Frauen (41)	Männer (31)
	Stadt (40)	Land (27)
	Angestellte/Beamte in mittleren Positionen (45)	Landwirte (26)
	SP (41)	SVP (11), FDP (27)
Stimm- und Wahlrechtsalter	Total Stichprobe 56 (effektiv 49)	
	20–39jährige (64)	65–84jährige (49)
	Westschweiz (64)	deutsche Schweiz (54)
	Hochschule (72)	Primarschule (44)
	SP (76)	FDP (43), CVP (44)
Atominitiative	Total Stichprobe 51 (effektiv 49)	
	Westschweiz (62)	deutsche Schweiz (47)
	Hochschule (67)	Berufs-, Gewerbeschule (45)
	SP (68)	SVP (29), FDP (33), CVP (37)
	Pol. Integr. Tief (64)	Pol. Integr. Hoch (39)

**Fuss- und Wanderwege** Der zur Abstimmung gelangte Verfassungsartikel über die Fuss- und Wanderwege, zu dessen Gunsten die Initiative zurückgezogen worden ist, wurde von keiner einzigen Merkmalsgruppe abgelehnt. Einige Gruppen haben aber deutlich weniger klar zugestimmt als der Rest der Stimmbürgerschaft, insbesondere die Landwirte, die Westschweizer sowie die Anhänger der SVP und FdP. Nur 56% der Landwirte gegenüber 90% der Arbeiter entschieden sich für die Vorlage. Zwischen den beiden Sprachgruppen und politischen Lagern (SP auf der einen, FdP und SVP auf der anderen Seite) liegen Stimmenanteile von 15–18%. Unterdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile verzeichnen zudem die männlichen Stimmbürger (79%) sowie die über 65jährigen (75%).

**Suchtmittelreklame** Wie der Verfassungsartikel über die Fuss- und Wanderwege



ist das Suchtmittelreklame-Verbot bei der "Interessengruppe" Landwirte auf besonders geringe Sympathie gestossen (26% Ja). Mit ihr verwarfen die Männer, die Landbevölkerung sowie die Sympathisanten der SVP und FdP überdurchschnittlich stark. Bei den Parteilängern fällt auf, dass sich auch die Anhänger der befürwortenden SP nicht mehrheitlich für ein Ja entscheiden konnten (41%). Nicht unbedingt zu erwarten war das recht homogene Stimmverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Die jüngeren Stimmbürger verzeichnen leicht überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile; die Differenz zu den Älteren ist jedoch statistisch nicht signifikant.

**Stimm- und Wahlrechtsalter** Die gesamthaft äusserst knapp verworfene Vorlage über das Stimm- und Wahlrecht für 18jährige ist von einzelnen Merkmalsgruppen relativ deutlich befürwortet worden. Auch wenn man in Rechnung zieht, dass der Ja-Stimmenanteil unserer Stichprobe um 7% über dem effektiven Abstimmungsergebnis liegt, weisen die Westschweizer, die SP-Sympathisanten, die Angehörigen höherer Bildungsschichten sowie die 20–39jährigen klare Ja-Mehrheiten auf.

Dass die Westschweiz einer Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters wohlwollender gegenüberstand als die deutsche Schweiz zeigte sich bereits in den kantonalen Abstimmungsergebnissen. Mit Ausnahme von Freiburg und Wallis haben alle französischsprachigen Kantone deutlich zugestimmt. Mehr überraschen muss die unterschiedliche Haltung der Stimmbürger aus verschiedenen politischen Lagern. Obwohl alle Bundesratsparteien sich hinter die Vorlage gestellt haben, manifestieren sich grosse Differenzen zwischen den SP-Anhängern auf der einen und den Sympathisanten der bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite. Drei Viertel der SP-Anhänger stimmten der Vorlage zu. Im Lager der CVP und FdP sind es weniger als die Hälfte. Ähnlich unterschiedlich votierten nur noch die Angehörigen der verschiedenen Bildungsschichten. Hier steht einem Ja-Stimmenanteil von rund 70% bei den Stimmbürgern mit Mittel- oder Hochschulbildung ein solcher von nur 45% bei den Stimmbürgern mit Primarschulbildung gegenüber.

Von besonderem Interesse ist natürlich das Stimmverhalten der einzelnen Altersgruppen. In Abstimmungskommentaren wurde vielfach die Vermutung geäussert, dass der Achtungserfolg der Vorlage u.a. einer überdurchschnittlichen Beteiligung und Ja-Präferenz der jüngeren Stimmbürger zuzuschreiben sei. Die Vermutung wird – zumindest was die Sympathie der Jungen für die Vorlage betrifft – mit unseren Daten bestätigt. 64% der 20–39jährigen gegenüber lediglich 49% der 65–84jährigen stimmten Ja. Wenn wir die unterste Altersklasse noch weiter differenzieren, ergeben sich sogar Ja-Stimmenanteile von 71% für die 20–29jährigen bzw. 73% für die 20–24jährigen. Von einem Sturm der Jungen an die Urnen kann dagegen nicht gesprochen werden. Selbst die Tatsache, dass gleichzeitig über die für jüngere Stimmbürger ebenfalls recht "attraktive" Atominitiative zu befinden war, vermochte diese nicht übermässig zu aktivieren. Ihre Beteiligung liegt zwar etwas über den üblichen Werten, aber immer noch deutlich unter derjenigen der meisten anderen Merkmalsgruppen. Im Durchschnitt der letzten acht Abstimmungen lag die Stimmbeteiligung der 20–39jährigen rund 9% unter der Beteiligung der gesamten Stimmbürgerschaft (Vgl. dazu VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 26. Februar 1978, S. 12). Diesmal waren es "lediglich" 4%.

Die befürwortende Grundhaltung der Jungen darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in ihren Reihen die Meinungen auseinandergehen. Wie Tabelle 3 zeigt, sind bei den 20–29jährigen die Differenzen zwischen den einzelnen Bildungsschichten und Sprachgruppen noch grösser als beim Total der Stimmen:

Tabelle 3 Das Stimmverhalten der 20–29jährigen in der Frage des Stimm- und Wahlrechtsalters nach Bildung und Sprachgruppe

Merkmal	20–29jährige ("Ja" in %)	Total der Stimmenden
Primarschule	50*	44
Sekundar-, Bezirksschule	33*	55
Berufs-, Gewerbeschule	59	53
Gymnasium, Technikum	100	70
Hochschule	92	
deutsche Schweiz	67	54
Westschweiz	87	64

Von den 20–39jährigen mit höherer Schulbildung haben rund doppelt so viele der Vorlage zugestimmt wie von den Angehörigen der gleichen Altersklasse mit Primar- oder Sekundar/Bezirksschulbildung. Einen ausserordentlich hohen Ja-Stimmenanteil verzeichnen aber auch die jüngeren Westschweizer. Neun von zehn legten ein Ja in die Urne.

**Atominitiative** Beim Entscheid der einzelnen Merkmalsgruppen für oder gegen die Atominitiative erstaunt vor allem die Tatsache, dass sich die einzelnen Altersgruppen nur wenig voneinander unterscheiden. Die Differenzen sind statistisch nicht signifikant (s. Tab. 1). Immerhin zeigt sich eine Tendenz zu geringeren Ja-Stimmenanteilen mit steigendem Alter. 53% der 20–39jährigen gegenüber 44% der 65–84jährigen haben dem Volksbegehren zugestimmt. Die Vermutung liegt nahe, dass wir auf grössere Differenzen stossen, wenn wir die Altersgruppe der 20–39jährigen zusätzlich differenzieren. In der Tat lässt sich feststellen, dass die unter 30jährigen der Initiative eindeutig grössere Sympathien entgegenbrachten als der Rest der Stimmbürgerschaft. Rund 60% von ihnen stimmten Ja.

Einen eindeutigen Einfluss auf das Stimmverhalten besass der Wohnort. Über die Entscheide der Direktbetroffenen in den Standortgemeinden bestehender oder geplanter Atomkraftwerke ist in den Abstimmungskommentaren der Tagespresse ausführlich berichtet worden<sup>4)</sup>. Davon abgesehen haben die Westschweizer die Initiative bedeutend besser aufgenommen als die Deutschschweizer. Sie verzeichnen eine klare Ja-Mehrheit (62%). Überdurchschnittlich Ja stimmten auch die Be-

wohner städtischer Gebiete. Die Differenz zur Landbevölkerung ist allerdings statistisch nicht signifikant (53% zu 46%)<sup>5)</sup>.

Von Einfluss war zudem die Bildung. Stimmbürger mit Mittel- und Hochschulbildung stimmten der Vorlage mehrheitlich zu, die Angehörigen mittlerer und unterer Bildungsschichten lehnten sie ab. Wenn wir die Merkmale Bildung und Wohnort, also soziale, ökologische und kulturelle Faktoren kombinieren, ergeben sich Merkmalsgruppen mit äusserst unterschiedlichem Stimmverhalten. An zwei Berufsgruppen typisiert: 71% der Beamten/Angestellten des mittleren Kadern (höhere Bildung, eher in städtischen Gebieten wohnhaft) aus der Westschweiz gegenüber 40% der deutschschweizer Bauern entschieden sich für die Initiative.

Schliesslich manifestiert sich im Stimmverhalten der Parteisympathisanten die Bedeutung politischer Leitbilder und Werte bei der Beurteilung der Initiative. Das Ja ist, über die Sorge um die Sicherheit von Bevölkerung und Umwelt (vgl. Kap. 2) hinaus, Ausdruck einer grundsätzlichen politischen Opposition gegen die (Energie-)Politik der Regierung. 71% der Anhänger der PdA und POCH, 68% der SP-Sympathisanten und 60% der LdU-Anhänger stimmten Ja. Bei allen bürgerlichen Parteien liegt der entsprechende Stimmenanteil unter 40% (SVP: 29%).

## 2) Entscheidungsmotive

Im folgenden wird aufgezeigt, wie die Befürworter und Gegner der einzelnen Vorlagen ihre Stellungnahme begründen, bzw. welche Motive zum Ja- oder Nein-Entscheid geführt haben. Tabelle 4 vermittelt einen einleitenden Überblick über die wichtigsten Ja- und Nein-Motive. In der Kategorie "undifferenziert/weiss nicht" sind jene Antworten zusammengefasst, die das eigentliche Entscheidungsmotiv nicht freilegen (z.B. "bin gegen die Suchtmittelreklame", "unterstützungswürdige Initiative" etc.). Das relative Gewicht dieser Kategorie kann als Indikator für die Intensität verstanden werden, mit der sich die Stimmbürger mit der entsprechenden Vorlage auseinandergesetzt haben.

Tabelle 4 Die wichtigsten Entscheidungsmotive

Vorlage	Entscheid	Motiv (% der Nennungen)
Fuss- und Wanderwege	Ja	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhöht die Lebensqualität (37)</li> <li>- Wanderwege müssen geschützt werden (30)</li> <li>- Gut für die Verkehrssicherheit (5)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (20)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geht den Bund nichts an (42)</li> <li>- Es muss Kulturland geopfert werden (11)</li> <li>- Kommt zu teuer (10)</li> <li>- Gibt schon genug Wanderwege (10)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (12)
Suchtmittelreklame	Ja	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konsum von Suchtmitteln geht zurück (32)</li> <li>- Für die Jungen (16)</li> <li>- Für ein gesünderes Volk (16)</li> <li>- Werbung ist unmoralisch (16)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (15)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konsum von Suchtmitteln geht nicht zurück (28)</li> <li>- Gibt schon genug Verbote (25)</li> <li>- Ein Angriff auf die freie Marktwirtschaft (14)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (14)
Stimm- und Wahlrechtsalter	Ja	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Jungen sollen auch mitreden können/ Mehr Rechte für die Jungen/Wer Pflichten hat (Steuern etc.) soll auch Rechte haben (43)</li> <li>- Die Jungen sind dazu fähig/sind mit 18 Jahren reif genug/können ein eigenes Urteil bilden (37)</li> <li>- Erhöht das Interesse der Jungen für die Politik (8)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (6)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Jungen sind dazu nicht fähig/nicht reif genug/Gefahr von Fehlentscheiden (52)</li> <li>- Die Jungen wollen gar nicht stimmen/18-jährige interessieren sich nicht für Politik (30)</li> <li>- Stimmbeteiligung wird noch weiter sinken (2)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (4)
Atominitiative	Ja	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kernkraftwerke sind gefährlich/gefährden Mensch und Umwelt (45)</li> <li>- Die Bevölkerung/die Direkt-Betroffenen sollen selber entscheiden können (11)</li> <li>- Es gibt Alternativen (z.B. Bau von Sonnenkraftwerken fördern etc.) (6)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (15)
	Nein	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir haben zu wenig Energie/Erdöl wird knapp/Wir brauchen Atomkraftwerke (40)</li> <li>- Ein Nein gegen Atomkraftwerke (eigentliches Ja-Argument) (18)</li> <li>- Es ist undemokratisch, wenn eine Minderheit über den Bau von Atomkraftwerken entscheiden kann (6)</li> <li>- Atomanlagen sind sicher/bergen keine Gefahren (6)</li> </ul> Undifferenziert/W.N. (18)



**Fuss- und Wanderwege** Bei ihrem Ja zum neuen Verfassungsartikel dachten die meisten Stimmbürger vor allem an den Schutz und Ausbau des bestehenden Wanderwegnetzes bzw. an die Freizeit- und Erholungsfunktion des Wanderns. Dass der Bundesbeschluss gleichzeitig die Förderung von Fusswegen in städtischen Agglomerationen anstrebt, haben wahrscheinlich die wenigsten zur Kenntnis genommen. Nur 5% der Befürworter machten geltend, die Vorlage zielen auf eine erhöhte Verkehrssicherheit bzw. deren Annahme vermindere die Zahl der verunfallten Fussgänger im Strassenverkehr.

Auf der Seite der Nein-Stimmenden dominierte die Abwehrhaltung gegen eine Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund. Das Argument "geht den Bund nichts an" wurde von 42% der Nein-Stimmenden und nicht weniger als 56% der ablehnenden Westschweizer vorgebracht. Dagegen befürchtete die Mehrheit der verwerfenden Landwirte, dass mit der Annahme der Vorlage wertvolles Kulturland geopfert werden müsse. Rund ein Zehntel der Nein-Stimmenden begründeten ihren Entscheid mit den zu erwartenden Kosten für den Bund.

**Suchtmittelreklame** Gegner und Befürworter der "Suchtmittelinitiative" schieben sich vor allem an der Frage, ob ein Verbot der Suchtmittelreklame zu einer Senkung des Suchtmittelkonsums führen würde. Wichtigstes Ja-Motiv waren die von einem Konsumrückgang zu erwartenden positiven Auswirkungen auf die Volksgesundheit im allgemeinen und die Jugend im speziellen, wichtigstes Nein-Motiv der fehlende Glaube an eine effiziente Wirkung der Initiative. Für rund ein Viertel der Ablehnenden ging es bei ihrem Nein weniger um den Inhalt des Volksbegehrens als um eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegen ein weiteres Verbot. 14% der Nein-Stimmenden sahen in der Initiative einen Angriff auf die freie Marktwirtschaft. Andere Nein-Argumente wurden dagegen kaum vorgebracht. Erstaunlich ist dabei vor allem die geringe Wirkung des im Abstimmungskampf hochgespielten Argumentes, die Annahme der Initiative würde ein Verbot ausländischer Zeitungen und Zeitschriften bewirken (3% der Nein-Stimmenden).

**Stimm- und Wahlrechtsalter** Den 18jährigen sind in vielen Bereichen der Gesellschaft die gleichen Pflichten übertragen wie den 20jährigen. Für über 40% der Befürworter ging es mit ihrem Ja vor allem darum, diesen Pflichten ein entsprechendes Recht gegenüberzustellen und die mehrheitlich schon im Berufsleben stehenden Jugendlichen am politischen Willensbildungsprozess teilhaben zu lassen. Weitere 37% wiesen darauf hin, dass 18jährige reif genug bzw. fachlich und psychisch durchaus in der Lage sind, politische Entscheide von grösserer Tragweite zu treffen.

Gerade dies bezweifelte aber die Mehrheit der Nein-Stimmenden. Viele machten zudem geltend, dass 18jährige sich noch nicht für Politik interessieren und demzufolge das Stimmrecht auch gar nicht wünschten (30%), bzw., dass die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters zu einem weiteren Sinken der Stimmbeteiligung führen würde (2%). Ohne Bedeutung blieb für einmal das Nein aus wirtschaftlichen Überlegungen. Dass die erhöhte Zahl von Stimmberechtigten zu einer Verteuerung der Wahlen und Abstimmungen führt, stand bei einem einzigen Prozent der Ablehnenden im Vordergrund.

**Atominitiative** Wie nicht anders zu erwarten war, erweist sich die Angst vor atomaren Katastrophen als wichtigstes Ja-Motiv. 45% der Befürworter begründeten ihr Ja mit der ihrer Ansicht nach grossen Gefahr von Atomkraftwerken für Mensch und Umwelt, weitere 6% mit der ungenügenden Sicherheit derartiger Anlagen ("im Zweifelsfall Nein"). Ähnliche Zweifel verbergen sich wahrscheinlich hinter den Entscheidungsmotiven jener Stimmbürger, die auf Alternativen hinwiesen (Sonnenenergie etc., 6%) bzw. den gegenwärtigen Energieverbrauch einschränken möchten (6%).

Für 11% der Befürworter ging es vor allem darum, den Entscheid über den Bau und Betrieb von Atomanlagen den Direktbetroffenen zu übertragen. Interessanterweise liegt dieser Anteil in der Westschweiz nur unwesentlich über dem Landestotal (12%). Die in einigen Abstimmungskommentaren aufgetauchte Vermutung, der gesamthaft höhere Ja-Stimmenanteil in der Westschweiz sei u.a. Ausdruck einer föderalistischen Abwehrhaltung, kann so mit unseren Daten nicht bestätigt werden. Überhaupt unterscheiden sich die Motivstrukturen der einzelnen Merkmalsgruppen nur unwesentlich voneinander. Eine Ausnahme bilden die Hochschulabsolventen, bei denen die explizite Angst vor atomaren Unfällen etwas weniger dominiert.

Das erstaunlichste Ergebnis bei den Nein-Stimmenden ist der hohe Anteil an Stimmbürgern, die ihr Nein an der Urne mit Ja-Argumenten begründeten, d.h. mit Motiven, die eigentlich zu einem Ja-Entscheid hätten führen müssen ("Nein" gegen Atomkraftwerke). Wir kommen in Kapitel 3 auf dieses Resultat zurück. Bei jenen Nein-Stimmern, die "richtig" stimmten, dominierte die Sorge um die Sicherheit der Energieversorgung. Andere Motive spielten eine untergeordnete Rolle. Lediglich für 6% stand das von der Initiative intendierte Entscheidungsrecht der Direktbetroffenen im Vordergrund und ebenfalls nur 6% wiesen auf die hohe Sicherheit von Kernkraftwerken hin. Ohne Einfluss war schliesslich auch die Tatsache, dass die Initiative eine Ja-Mehrheit der Stimmberechtigten anstatt wie üblich der Stimmenden forderte. Ein einziger der 264 Nein-Stimmer unserer Stichprobe argumentierte mit diesem, was seine Konsequenzen betrifft, umstrittenen Formfehler.

\*\*\*

Anschliessend an die offene Frage nach den Entscheidungsmotiven haben wir den Befragten noch einige Argumente für und gegen die Atominitiative vorgelegt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. In Tabelle 5 ist ersichtlich, wie viele der Stimmenden sich mit den einzelnen Ja-Argumenten "voll einverstanden" erklärten (Antwortkategorien: "voll einverstanden", "einigermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden", "überhaupt nicht einverstanden", "keine Meinung"):

Tabelle 5 Atominitiative: Das Gewicht der einzelnen Pro-Argumente

Argument	Total	Ja-Stimmende	Nein-Stimmende
	("völlig einverstanden" in %)		
(1) Die Bevölkerung soll selbst bestimmen können, ob sie mit Atomanlagen leben will oder nicht, wie es die Initiative vorsieht	55	80	36
(2) Die für den Betrieb von Atomanlagen Verantwortlichen müssten für Unfälle voll haftbar gemacht werden. Das neue Atomgesetz sieht keine unbeschränkte Haftung vor	51	65	42
(3) Der Bau von Atomkraftwerken wird von der schweizerischen Grossindustrie und von multinationalen Gesellschaften gefördert, die nur ihren Profit vor Augen haben	29	47	12
(4) Mit dem Bau von Atomkraftwerken können wir die Energieknappheit nur vorübergehend beheben. In wenigen Jahrzehnten sind alle Uranvorräte verbraucht	24	41	17
(5) Eine Verknappung der Energie hätte auch Vorteile. Das Wirtschaftswachstum wird gestoppt, und wir sind gezwungen, zu einem einfacheren Leben zurückzukehren	28	39	16
(6) Der Bau von Atomkraftwerken lenkt uns von der viel wichtigeren Aufgabe ab, konsequent Energie zu sparen	34	56	16
(7) Mit dem Bau von neuen Atomanlagen darf erst begonnen werden, wenn das Problem der Ablagerung radioaktiver Abfälle gelöst ist	64	79	50
(8) Wir sollten uns besser um ungefährliche und nicht erschöpfbare Energiequellen bemühen, wie z.B. die Sonnen- und Windenergie	51	70	36
(9) Bisher sind unsere Atomanlagen zu wenig sicher, und zwar sowohl die bestehenden als auch die geplanten. Sie gefährden die Sicherheit von Mensch und Umwelt	36	60	18

Die Gewichtung der vorgelegten Ja-Argumente differenziert die in der offenen Frage aufgedeckte Angst vor Nebenwirkungen der Atomenergie. Noch stärker als die grundsätzliche Sicherheit der Kernkraftwerke (Argument 9) beschäftigt die Ja-Stimmer offenbar das Problem der Ablagerung radioaktiver Abfälle (Argument 7). Auffallend ist, dass sogar eine Mehrheit der Nein-Stimmenden sich hinter das entsprechende Argument stellt, wobei allerdings verborgen bleibt, ob die Zustimmung nur deshalb erfolgte, weil man das Problem als bereits gelöst betrachtet. Im Verhältnis zum Sicherheitsaspekt stärker gewichtet als in der offenen Frage, wird die Selbstbestimmung der Direktbetroffenen (Argument 1) sowie die Förderung alternativer Energiequellen (Argument 8). Mit der angeblichen alleinigen Profitorientierung der Atomwirtschaft (Argument 3), der kurzen Lebensdauer der Atomenergie (Argument 4) und der segensreichen Wirkung eines Wachstumsstops (Argument 5) sind dagegen weniger als die Hälfte der Ja-Stimmenden völlig einverstanden. Von besonderer Bedeutung ist schliesslich die Gewichtung von Argument 2. Kurz vor der Abstimmung schickte der Bundesrat den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Haftpflicht für nukleare Schadenereignisse in die Vernehmlassung, der u.a. die Einführung der summenmässig unbegrenzten Haftpflicht der Inhaber von Kernanlagen vorsieht. Diese Absicht würde nicht nur von einer klaren Mehrheit der am 18. Februar Ja-Stimmenden begrüsst, sondern selbst von der Mehrheit der Stimmenden und immerhin noch 42% der Gegner der Initiative. Tabelle 6 auf Seite 14 zeigt die Gewichtung der Nein-Motive.

Auffallend ist einmal die Tatsache, dass sich bei keinem einzigen Nein-Argument eine Mehrheit der Nein-Stimmenden "voll einverstanden" erklären konnte. Selbst die Aussage, dass das Erdöl in den nächsten Jahren knapp werde und darum der Bau von Kernanlagen unumgänglich sei, wird lediglich von 48% vorbehaltlos unterstützt (Argument 1). Bei den nächst wichtigen Nein-Motiven, der vorgesehenen Entscheidungsbefugnis für die Direktbetroffenen (Argument 3), der Aussicht auf das neue Atomgesetz (Argument 6) und dem Hinweis auf das geringe Potential alternativer Energiequellen (Argument 8) sind es noch je 5% weniger.

Von geringer Bedeutung waren die Argumente 4 und 5. Dass es den Atomkraftwerkgegnern gar nicht um die Sache ging, glaubte nur ein Viertel der Nein-Stimmenden. Für ebenso wenige war die Tatsache entscheidend, dass in der Initiative von Stimmbürgern statt von Stimmenden die Rede war. Aber auch die Feststellung, der Verzicht auf die Kernenergie gefährde unseren Wohlstand (Argument 2), fand bei weniger als einem Drittel der Gegner der Initiative Unterstützung.

Wie schwer den Nein-Stimmenden ihr Entscheid gefallen sein muss, zeigt die Gewichtung von Argument 7. Nur 26% stellen sich hinter das Argument, Atomkraftwerke seien sicher und würden nicht mehr Gefahren bergen als andere Energiequellen. Wie die Befürworter des Volksbegehrens sind also auch dessen Gegner von der Sicherheit von Atomanlagen nicht völlig überzeugt<sup>6)</sup>. Angesichts der Energieknappheit beurteilen sie aber die Möglichkeit von nuklearen Schadenereignissen als das kleinere Übel.

Ob diese unterschiedliche Präferenzordnung u.a. darauf zurückzuführen ist, dass Ja- und Nein-Stimmende unterschiedlich gut Bescheid wissen über die gegenwärtige Energieversorgung und den Energieverbrauch in der Schweiz, zeigt uns zum

Schluss Tabelle 7. Im oberen Teil der Tabelle ist ersichtlich, welcher Prozentsatz der Befürworter und Gegner der Initiative den Deckungsanteil des Erdöls am gesamten Energieverbrauch in der Schweiz richtig schätzen konnte (effektiv rund drei Viertel). Der untere Teil der Tabelle zeigt die Schätzgenauigkeit bezüglich des Verbrauchsanteils von Motorfahrzeugen (effektiv rund ein Viertel).

Tabelle 6 Atominitiative: Das Gewicht der einzelnen Kontra-Argumente

Argument	Total ("völlig einverstanden" in %)	Ja-Stimmende	Nein-Stimmende
(1) Das Erdöl wird in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten knapp werden, so dass wir auf alle Fälle einige A-Werke bauen müssen, ob wir wollen oder nicht	29	13	48
(2) Der Verzicht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie gefährdet unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze	20	10	28
(3) Es ist undemokratisch, wenn wenige Gemeinden und Kantone das Recht haben, über eine Angelegenheit von gesamtschweizerischer Bedeutung zu entscheiden	35	27	43
(4) Die Atomgegner verbreiten systematisch Angst und schaffen eine Weltuntergangsstimmung. Dabei geht es ihnen gar nicht um die Sicherheit der A-Werke, sondern um einen Umsturz der Gesellschaft	16	10	26
(5) In der Initiative wird die Errichtung von Atomkraftwerken von der Zustimmung einer Mehrheit der Stimmberechtigten anstatt der tatsächlich an der Urne Stimmenden und der Kantone abhängig gemacht. Dies ist unrealistisch und verstösst gegen das geltende Recht	17	16	22
(6) Die Initiative kann ruhig verworfen werden, weil das vom Parlament mit einer grossen Mehrheit angenommene Atomgesetz den wichtigsten Forderungen der Initianten Rechnung trägt	22	8	43
(7) Atomanlagen sind sicher und bergen nicht mehr Gefahren als andere Energiequellen	16	9	26
(8) Die von den Atomgegnern empfohlenen Alternativen wie etwa die Sonnen- und Windenergie können nur einen verschwindend kleinen Teil des Energiebedarfs decken	30	23	43

Tabelle 7 Kenntnisstand der Befürworter und Gegner der Atominitiative bezüglich des Energiebedarfs und Energieverbrauchs in der Schweiz

Kenntnis	Stimmende		
	Total (in %)	Ja	Nein
<b>a) Anteil des Erdöls am gesamten schweizerischen Energieverbrauch</b>			
– richtig geschätzt (70–80%)	36	33	37
– unterschätzt (70%)	34	36	41
– überschätzt (80%)	1	2	1
– Weiss Nicht	29	28	21
<b>b) Anteil des Treibstoff-Verbrauchs von Motorfahrzeugen am gesamten schweizerischen Energieverbrauch</b>			
– richtig geschätzt (20–30%)	29	29	35
– unterschätzt (20%)	4	5	5
– überschätzt (30%)	36	33	39
– Weiss Nicht	31	32	21

Lediglich ein Drittel der Stimmenden konnte unsere beiden Fragen annähernd richtig beantworten. Die Gegner der Initiative wiesen sich dabei über etwas bessere Kenntnisse aus als die Befürworter. Die Differenzen sind allerdings statistisch nicht signifikant. Davon auf eine Beziehung zwischen Kenntnisstand und Entscheidverhalten schliessen zu wollen, wäre allzu spekulativ.

### 3) Das Problem individueller Fehlentscheide bei Initiativen

Die direkte Demokratie hat ihren Preis. Von den Stimmbürgern werden des öfters Entscheide abverlangt, die selbst die Problemlösungskapazität von Experten strapazieren. Wenn Einzelvorlagen zudem in Multipacks zur Abstimmung gelangen, muss nicht verwundern, dass viele Bürger resignieren. Sie bleiben der Urne fern<sup>7)</sup> oder aber befassen sich derart oberflächlich mit Charakter und Inhalt der einzelnen Vorlagen, dass es zu individuellen Fehlentscheiden kommt. Das Ja oder Nein



an der Urne entspricht nicht mehr ihrer eigentlichen Intention. Die Gefahr scheint besonders gross bei Initiativen. Anstatt sich für oder gegen das Volksbegehren auszusprechen, nimmt der Stimmbürger direkt zu dem im Titel erscheinenden Inhalt Stellung. Am Beispiel der Atominitiative: sein Nein ist nicht ein Nein gegen das Volksbegehren sondern gegen Atomkraftwerke.

Wir haben untersucht, ob einzelnen Stimmbürgern am 18. Februar ein derartiger Irrtum unterlaufen ist bzw. bei wie vielen Stimmenden sich klare Inkonsistenzen zwischen Entscheidverhalten und Entscheidungsmotiven nachweisen liessen<sup>8)</sup>. Das Ergebnis ist in Tabelle 8 ersichtlich. In der ersten Zeile ist angegeben, wieviele Prozent fälschlicherweise Ja stimmten, d.h. für ihren Ja-Entscheid Nein-Motive geltend machten. Umgekehrt zeigt Zeile 2, wieviele Nein-Stimmende ihren Motiven entsprechend sich für ein Ja hätten entscheiden müssen:

Tabelle 8 Individuelle Fehlentscheide bei der Suchtmittelreklame- und Atominitiative

Entscheid/Entscheidungsmotiv	Suchtmittelreklame (% "Falschstimmer")	Atominitiative
Ja-Entscheid/Nein-Motive	2	4
Nein-Entscheid/Ja-Motive	3	15*

\* Die Differenz zur Tabelle 4 (18%) erklärt sich durch die Doppelkontrolle Entscheidverhalten/Entscheidungsmotivation. Vgl. Anmerkung 8) Seite 17.

Unsere Hypothese von der Gefahr individueller Fehlentscheide wurde bestätigt. Sowohl bei der Suchtmittelreklame- als auch bei der Atominitiative liess sich ein Teil der Stimmenden durch die den Initiativen eigene Fragestellung täuschen. Bei der Suchtmittelreklame schlägt sich dieser Irrtum nur unwesentlich im Abstimmungsresultat nieder. Wenn man bedenkt, dass die Initiative an einer Nein-Mehrheit von 18% scheiterte, fällt die leicht höhere Fehlerquote bei den "fälschlicherweise" Nein-Stimmenden nicht ins Gewicht. Anders bei der Atominitiative. Hier wollten 15% der Ablehnenden mit ihrem Nein gegen Atomkraftwerke Stellung beziehen<sup>9)</sup>. Nur 4% haben umgekehrt mit einem Ja gegen die Intentionen der Initiative votiert. Was die absoluten Stimmen betrifft, ist die Atominitiative so ohne Zweifel u.a. an diesem Irrtum gescheitert. Ob sie es ohne "Falschstimmer" geschafft hätte, ist damit allerdings nicht abschliessend geklärt. Über die Verhältnisse in den einzelnen Ständen kann mit unserer Umfrage nichts Endgültiges ausgesagt werden.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. H. Werder, Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit, Bern 1978 (S. 152) sowie J.D. Delley, Mythe et réalité de démocratie directe, le cas de l'initiative populaire, Lausanne 1978.

- 2) Ein formeller Gegenentwurf führt zur Spaltung der Ja-Stimmen. Als Folge scheitern sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag.
- 3) R. Girod, Phänomen Schweiz: Sozialer Wandel, Politische Beharrung, in: Schweizer Monatshefte, 56 (1976) 3, S. 218.
- 4) Tagespresse vom 12.2.1979. Die Standortgemeinden Döttingen (Beznau), Mühleberg, Däniken und Leibstadt haben deutlich abgelehnt. In der Umgebung des geplanten A-Werkes Kaiseraugst ergaben sich dagegen deutliche Ja-Mehrheiten.
- 5) Zur Bedeutung von Sprachregion und Stadt/Land-Unterschied vgl. auch die Analyse des Soziologischen Instituts der Universität Zürich (DDP-Meldung vom 22.2.1979).
- 6) Das Ergebnis steht in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen im amerikanischen Harrisburg. Unsere Interview-Arbeit war 10 Tage nach dem Abstimmungswochenende abgeschlossen.
- 7) Vgl. dazu L. Neidhart/J.P. Hoby, Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz, Zürich 1977.
- 8) Zu diesem Zwecke haben wir das Entscheidverhalten (Kap. 1) mit den in der offenen Frage erfassten Entscheidungsmotiven konfrontiert (Kap. 2, Tabelle 4). Bei der Atominitiative wurde das Entscheidverhalten zusätzlich mit der Gewichtung der Pro- und Kontra-Argumente in der geschlossenen Frage verglichen (Tabelle 5 und 6). Als "Falschstimmer" sind nur solche Stimmbürger ausgeschieden worden, bei denen sich auch in dieser Nachkontrolle klare Inkonsistenzen nachweisen liessen.
- 9) Interessant ist dabei die Verteilung dieser "Falschstimmer" auf die einzelnen Bildungsgruppen. Die sich im Resultat manifestierende Überforderung des Stimmbürgers ist weitgehend ein Bildungsproblem. "Falsch" gestimmt haben 35% der Stimmenden mit Primarschulbildung gegenüber 0% mit Hochschulbildung.

Analyse der eidgenössischen Abstimmung  
vom 18. Februar 1979

*Zusammenfassung*

Die am 18.2.1979 knapp verworfene *Atominitiative* ist u.a. daran gescheitert, dass sich ein Teil der Stimmbürger durch die den Initiativen eigene Fragestellung täuschen liess. Anstatt sich für oder gegen die Initiative auszusprechen, haben sie direkt zu dem im Titel erscheinenden Inhalt Stellung bezogen. *15% der Ablehnenden verstanden ihr Nein als Nein gegen Atomanlagen*, 4% umgekehrt ihr Ja als Ja zur Kernenergie. Ohne diese Irrtümer wäre der Initiative das Volksmehr sicher gewesen. Ob sie auch eine Mehrheit der Stände hinter sich gebracht hätte, kann mit unseren Daten nicht abschliessend geklärt werden.

Beim Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede nach Bildung, Sprachgruppe und Parteisympathie sowie, etwas weniger ausgeprägt, nach Alter und Wohnort (Stadt/Land). *Überdurchschnittlich Anklang fand die Initiative bei Stimmbürgern mit höherer Bildung* (Hochschulabsolventen: 67% Ja), bei *Anhängern "oppositioneller" Parteien* (PdA/POCH: 71% Ja, SP: 68% Ja), bei den *unter 30jährigen* (60% Ja), in der *Westschweiz* (62%) und in *städtischen Gebieten* (53%). *Das wichtigste Ja-Motiv war die Angst vor atomaren Katastrophen*. Zu einem Ja bewegt hat viele Stimmbürger aber auch das Problem der Ablagerung radioaktiver Abfälle sowie die Forderung, die Betroffenen sollen selber über den Bau von Atomanlagen entscheiden können. *Bei den Ablehnenden dominierte die Sorge um die Sicherung der Energieversorgung*. Andere Argumente, wie etwa die Tatsache, dass die Initiative eine Ja-Mehrheit der Stimmberechtigten anstatt wie üblich der Stimmenden forderte, waren von untergeordneter Bedeutung. *Wie die Befürworter zeigten sich auch die Gegner der Initiative von der Sicherheit von Kernkraftwerken nicht überzeugt*. Mit der Aussage, Atomanlagen seien sicher und würden nicht mehr Gefahren bergen als andere Energiequellen, konnten sich nur 26% der Nein-Stimmenden vorbehaltlos einverstanden erklären (Total der Stimmenden: 16%).

Die *Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters* aktivierte ähnliche Konfliktfronten wie die *Atominitiative*. *Am meisten Unterstützung fand die Vorlage bei den Jungen, bei den Angehörigen höherer Bildungsschichten, in der Westschweiz sowie im Lager der Linken*. Obwohl alle vier Regierungsparteien die Ja-Parole ausgegeben hatten, lässt sich nur für die Gruppe der SP-Sympathisanten eine klare Ja-Mehrheit nachweisen. Von den CVP- und FDP-Anhängern hielten sich weniger als die Hälfte an die Parole ihrer Partei. Kombiniert man die Merkmale Alter, Bildung und Sprachgruppe, ergeben sich ausserordentlich grosse Unterschiede im Stimmverhalten. Über drei Viertel der 20–29jährigen Westschweizer mit Hochschulbil-

dung gegenüber weniger als einem Drittel der über 65jährigen Deutschschweizer mit Primarschulbildung stimmten der Vorlage zu. *Wichtigstes Ja-Motiv war dabei der Wille, den 18–20jährigen ihren bestehenden Pflichten entsprechende Rechte zu gewähren und ihre politische Reife zu anerkennen. Gerade diese Reife und auch die Bereitschaft der Jungen zur politischen Mitwirkung wollte die Mehrheit der Ablehnenden mit ihrem Nein in Frage stellen.*

Der Verfassungsartikel über die *Fuss- und Wanderwege* wurde von keiner einzigen Merkmalsgruppe abgelehnt. *Auf grössere Opposition stiess die Vorlage nur bei den Landwirten sowie in der Westschweiz.* 44% der Bauern stimmten Nein. Dabei liessen sie sich vor allem von der Überlegung leiten, mit der Annahme der Vorlage müsse *wertvolles Kulturland geopfert* werden. Bei den 30% Nein-Stimmenden aus der Westschweiz stand dagegen die *geplante Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund* im Vordergrund. Bei ihrem Ja zum neuen Verfassungsartikel dachten die meisten Stimmbürger an den Schutz und Ausbau des bestehenden Wanderwegnetzes. Die gleichzeitig intendierte Förderung von Fusswegen bzw. Erhöhung der Verkehrssicherheit in städtischen Agglomerationen hat nur wenige zu einem Ja-Entscheid motiviert.

*Von der Bauernschaft kam auch die grösste Opposition gegen das Suchtmittelreklameverbot.* Nur gerade 26% konnten sich für die von der Guttempler-Jugend lancierte Initiative begeistern. *Äusserst geringe Ja-Stimmenanteile* verzeichnen zudem die Männer (31%), die *Landbevölkerung* (27%) sowie die *Anhänger der FdP* (27%) und der *SVP* (11%). *Gegner und Befürworter schieden sich vor allem an der Frage, ob ein Verbot der Suchtmittelreklame zu einer Senkung des Suchtmittelkonsums führen würde.* Hinter dem Nein vieler Stimmbürger verbirgt sich aber auch eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegen ein weiteres Verbot bzw. gegen eine zusätzliche Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Die in einzelnen Abstimmungskommentaren geäusserte *Vermutung, die Vorlage über das Stimm- und Wahlrechtsalter und die Atominitiative habe überdurchschnittlich viele jüngere Stimmbürger an die Urnen gelockt, kann mit unseren Daten nicht bekräftigt werden.* Die Beteiligung der 20–39jährigen liegt zwar etwas über den üblichen Werten, aber immer noch deutlich unter derjenigen der anderen Altersgruppen.

## Analyse des votations fédérales du 18 février 1979

*Récapitulation des résultats principaux*

Lors du faible rejet de l'initiative dite "atomique" (le 18.2.79), on a pu constater qu'une partie des électeurs s'est laissée abuser par l'énoncé même de l'initiative. En effet, au lieu de se prononcer pour ou contre cette dernière, ils se sont référés directement au titre sans se soucier du contenu. C'est pourquoi le 15% des non du total des rejetants doit être compris comme un non adressé au nucléaire et, à l'inverse, le 4% des oui correspond à un oui à l'énergie nucléaire. Sans ces erreurs, une majorité populaire se serait dégagée en faveur de l'initiative. Par contre, il nous est impossible de déterminer avec nos dates un phénomène analogue pour les cantons.

Des différences notoires au niveau de l'éducation, de la langue et de la sympathie partisane ont été enregistrées dans le comportement électoral des milieux caractérisés; de même que sont apparues, avec moins de netteté cependant, des différences en raison de l'âge et de l'habitat (ville/campagne). L'initiative a reçu un écho plus que favorable parmi les électeurs possédant un *haut niveau de formation* (67% de oui chez les universitaires), parmi les *adhérents aux partis de l'opposition*" (PST/POCH: 71% de oui, PSS: 68% de oui), en *Suisse romande* (62% de oui), chez les *moins de 30 ans* (60% de oui) et dans les *régions urbaines* (53% de oui). *La raison majeure de ce oui s'explique par la crainte du déclenchement d'une catastrophe atomique.* De plus, le problème du dépôt des déchets radioactifs, de même que la faculté de se prononcer pour les personnes directement concernées par l'implantation d'une centrale nucléaire ont également favorisé le oui. *Pour les opposants, le souci de l'approvisionnement énergétique a largement influencé leur vote.* D'autres arguments beaucoup moins importants, comme par exemple le fait que l'initiative faisait allusion aux citoyens déposant leur bulletin dans les urnes, ont aussi été avancés. Par ailleurs, *les adversaires de l'initiative, tout comme les promoteurs, ne croyaient pas à l'existence d'une sécurité absolue en matière de centrale nucléaire.* Seuls 26% des opposants se sont ralliés à l'argument selon lequel les centrales sont techniquement sûres et ne sont pas plus dangereuses que des usines traitant d'autres sources d'énergie (total des votants: 16%).

*L'abaissement de l'âge requis pour l'exercice du droit de vote et d'éligibilité a provoqué des clivages identiques à ceux évoqués plus haut au sujet de l'initiative sur l'énergie atomique. Le projet de loi a été principalement soutenu par les jeunes, les personnes au bénéfice d'une solide formation intellectuelle, ainsi que dans les milieux proches de la gauche.* Même si les quatre partis gouvernementaux étaient favorables à la loi, seuls les socialistes se sont prononcés clairement en sa faveur. Moins de la moitié des militants PDC et PRD ont suivi le mot d'ordre de



leur parti. En combinant les caractéristiques propres à l'âge, à l'éducation et à l'appartenance à tel ou tel groupe linguistique, on enregistre une différence extraordinairement grande dans le comportement électoral. Plus des trois quarts des Romands âgés entre 20 et 29 ans et bénéficiant d'une formation universitaire, alors que moins d'un tiers de Suisses alémaniques âgés de plus de 65 ans et n'ayant entrepris qu'une scolarité primaire ont voté pour le projet. *Les arguments en faveur du oui furent la volonté de procurer aux jeunes gens entre 18 et 20 ans des droits conformes à leurs obligations et de reconnaître leur maturité politique. C'est cette même maturité et la disponibilité des jeunes à coopérer politiquement qui ont rebuté la majorité des adversaires.*

L'article constitutionnel sur les *sentiers et les chemins pédestres* n'a été rejeté par aucun des groupes caractérisés. *Les plus vives réticences sont venues des agriculteurs et de la Suisse romande.* 44% des paysans votèrent non. Pour ces derniers, la ratification d'un tel projet équivalait à *sacrifier de précieuses terres cultivables.* Le 30% des adversaires issus des régions francophones a critiqué la disposition selon laquelle *les cantons remettaient entre les mains de la Confédération la compétence de légiférer en la matière.* La majorité des électeurs favorables au nouvel article constitutionnel pensait par leur oui contribuer à la protection et au développement des sentiers et des chemins; tandis que peu de oui correspondent à l'augmentation de la sécurité du trafic routier à l'intérieur des grandes agglomérations. *C'est les milieux paysans qui ont exprimé à nouveau la plus vive opposition à l'initiative contre la publicité pour les produits qui engendrent la dépendance.* Parmi ceux-ci, 26% seulement ont accueilli positivement l'initiative des jeunes Bons Templiers. En outre, seulement 31% des hommes, 27% de la population rurale et respectivement 27% le PRD et 11% pour l'UDC ont voté oui. *Partisans et adversaires se sont posés la même question, à savoir: l'initiative visant à interdire la publicité des produits engendrant la dépendance est-elle susceptible d'en faire baisser la consommation?* Derrière le non se dissimule en plus une attitude défensive vis-à-vis de la tendance à limiter la liberté individuelle.

*L'hypothèse selon laquelle les projets de loi relatifs au droit de vote et d'éligibilité à 18 ans, ainsi qu'à l'énergie atomique ont particulièrement séduit les jeunes électeurs, n'a pas pu être confirmée par nos dates.* Enfin, la participation au scrutin des citoyens entre 20 et 39 ans se situe un peu au-dessus des estimations faites, tout en demeurant en-deçà des autres groupes d'âges.